



ZUKUNFTS- STATT BOOMER-KOALITION

Reformen und Investitionen für neue Generationengerechtigkeit

Schwarz-Rot muss anders werden als die „GroKos“, die in den 2010er Jahren die Zukunft verschlafen haben, als Rentengeschenke statt Strukturreformen verabschiedet wurden.

Diese Politik war damals schon falsch, aber immerhin finanzierbar, weil die Boomer-Generation im Zenit ihrer beruflichen Karriere stand. Heute stellt sich die Lage anders dar: Die Boomer-Generation geht Jahr für Jahr in den Ruhestand, dazu kommt eine strukturelle Krise unseres Wirtschaftsstandortes. Die Belastung der jungen Generation wird dadurch verschärft, dass in den kommenden Jahren die jahrzehntelange Tilgungspflichten bereits aufgenommener Sonderschuldenprogramme (z. B. Corona-Kredite, Next-Generation-EU) einsetzen. Zins- und Tilgungsverpflichtungen belasten die Staatshaushalte der Zukunft enorm.

Die **Demographie ist die Mutter aller Probleme** in Deutschland - diesem historischen Prozess muss die kommende Regierung Rechnung tragen. Das heißt: Zumutungen benennen, statt zu verstecken. Vor allem: Zumutungen fair zwischen den Generationen verteilen, statt sie einseitig der jungen Generation aufzubürden.



KEINE RENTENREFORM ZU LASTEN DER JUNGEN GENERATION

Angesichts des demographischen Wandels wäre eine großangelegte Rentenreform notwendig. *Mehr Münze wagen, lieber Hubertus Heil!*

Wenn sich Schwarz-Rot dazu nicht durchringen kann und es zu keiner Reform zu Gunsten der jungen Generation kommt, darf es jedenfalls keine Reform zu Lasten der jungen Generation geben.

Die Einigungen des Sondierungspapiers müssen daher in mindestens zwei Punkten überarbeitet werden:

- Die **Mütterrente** sei jeder Person gegönnt, ist aber finanzpolitisch ein fatales Signal.
- Daneben muss der **Nachhaltigkeitsfaktor**, der unter der SPD-geführten Bundesregierung 2004 eingeführt wurde, zwingend beibehalten werden. Der Nachhaltigkeitsfaktor sorgt dafür, dass neben konjunkturellen Aspekten bei der Rentenanpassung auch der demographische Faktor, also das Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentenempfängern, berücksichtigt wird. Die de-facto Abschaffung des Nachhaltigkeitsfaktors war der Eckpfeiler des verfassungswidrigen „Rentenpakets II“ der Ampel und darf nicht durch die Hintertür eingeführt werden.



VERTEIDIGUNG

Bitte seid ehrlich zu uns: Die **Wehrpflicht** wird kommen müssen und sie ist angesichts der Herausforderungen für unsere Verteidigung auch notwendig. Bereits aktuell fehlen der Bundeswehr rund 20.000 Soldaten.

Eine Wehrpflicht - egal welchen Modells - wird denklogisch nur von der jungen Generation getragen werden können.

Deswegen muss über die **Finanzierbarkeit** von Verteidigung unter dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit neu diskutiert werden. Wir fordern zu einem fairen Lastenausgleich:

- Aus dem **regulären Bundeshaushalt** sollten Mittel nicht nur in Höhe von 1%, sondern von **2% des BIP** für Verteidigungsausgaben ohne Aufhebung der Schuldenbremse zur Verfügung gestellt werden. Diese Größe haben wir unseren NATO-Partnern vor Jahren versprochen, aber nie eingehalten. Es wird Zeit, Versprechen zu halten.
- Zur Finanzierung sollte Deutschland eine „**Verteidigungsumlage**“ einführen, um Lasten fair zu verteilen. Die Finanzierung der Verteidigung kann nur ein **gemeinsamer Kraftakt** sein. Keine Generation hat Zeit ihres Lebens so sehr von der **Friedensdividende** profitiert wie die nun ältere Generation. Warum sollte die Verpflichtung zur Finanzierung der Verteidigung ausschließlich bei den nächsten Generationen liegen?
- Erst ein zusätzlicher Finanzbedarf sollte über eine **Neuverschuldung** gedeckt werden, der wir uns nicht widersetzen. Friedrich Merz hat Recht: Wir müssen die Verteidigungsfähigkeit Europas wiederherstellen „*whatever it takes.*“



INFRASTRUKTUR

Ein „Sondervermögen“ setzt einen Sonderfall wie eine Pandemie oder einen Angriffskrieg voraus. Infrastruktur ist dagegen der Regelfall staatlicher Daseinsvorsorge. 500 Milliarden Sonderschulden für diesen Bereich lehnen wir in dieser Pauschalität daher ab.

Für den Fall, dass diese Sonderschulden dennoch beschlossen werden, fordern wir:

- Wir benötigen **klare Definitionen** der Begriffe „Infrastruktur“ und „Investition“. Die im Sondierungspapier vorgenommene Beschreibung der Infrastruktur entspricht dem Motto „Alles außer Tierfutter“ und führt zu großer Rechts- und Planungsunsicherheit. Politische Konflikte sind vorprogrammiert.
- Das Ergebnis von neuen Sonderschuldenprogrammen darf nicht sein, dass der Bundeshaushalt tendenziell nur noch aus konsumtiven Sozialausgaben besteht. Sonderschulden dürfen daher **nicht zum Absinken der Investitionsquote** im regulären Bundeshaushalt führen.
- Die **Hälfte der Investitionen müssen echte Zukunftsinvestitionen** sein. Wir sprechen uns dafür aus, dass 50% in die Bereiche Bildung, Forschung und Digitalisierung fließen; das muss auch für die Länder gelten, die Gelder hieraus erhalten.
- Es braucht einen **umfassenden Bürokratieabbau und Verwaltungsumbau**. Beispielhaft muss das Verbandsklagerecht abgeschafft werden. Die Milliarden dürfen nicht zwischen NGO-Verbandsklagen und aufgeblähten Verwaltungsverfahren versickern.